

Die Verzweiflung der alten Mehrheit

Amerikas Konservative setzen die Demokratie aufs Spiel

Daniel Ziblatt und Steven Levitsky

Summary: Over the past forty years, America has made genuine movement towards a more inclusive multiethnic democracy. However, this push has also triggered a counter-reaction, radicalizing segments of the Republican Party, which have left it increasingly an anti-system party that seeks to subvert democracy. Underpinning this partisan divide is the long growing polarization of American political life that leaves American democracy deeply vulnerable to future episodes of destabilization.

Kurz gefasst: In den letzten 40 Jahren haben sich die Vereinigten Staaten von Amerika zu einer multiethnischen Demokratie entwickelt. Diese Entwicklung hat allerdings auch eine Gegenreaktion ausgelöst: Manche Republikanerinnen und Republikaner haben sich radikalisiert und haben die Partei zunehmend zu einer Anti-System-Partei gemacht, die die Demokratie unterwandert. Hinter dieser Polarisierung der Parteien steht eine Polarisierung des politischen Lebens insgesamt, die die amerikanische Demokratie tief verwundbar macht und weitere Destabilisierung befürchten lässt.

Das Jahr 2021 begann für die Amerikaner mit zwei komplett widersprüchlichen Szenen auf ihren Fernsehbildschirmen: Am 5. Januar gewannen ein Afroamerikaner und ein jüdischer Amerikaner Senatssitze in Georgia, einem Staat, dessen zutiefst reaktionäre Geschichte der Rassentrennung einen progressiven Durchbruch eher unwahrscheinlich aussehen ließ. Gleich am nächsten Tag, am 6. Januar, stürmte eine Gruppe gewalttätiger Unterstützer*innen von Präsident Trump das Gebäude des Kapitols in Washington – nachdem ein Großteil der republikanischen Partei über zwei Monate hinweg versucht hatte, die Ergebnisse der Wahl von 2020 anzufechten.

Diese beiden Ereignisse gehören eng zusammen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Amerika sich zu einer multiethnischen Demokratie entwickelt hat. Aber radikalisierte Mitglieder der republikanischen Partei machen diese zu einer Anti-System-Partei, die die Demokratie zersetzen will. In Amerika ist das politische Leben zunehmend polarisiert; die Demokratie wird anfällig für Destabilisierung.

In den letzten 25 Jahren haben Hass und Furcht zwischen Demokrat*innen und Republikaner*innen stark zugenommen. In einer Umfrage von 1960 sagten gerade einmal 4 Prozent der Demokraten und 5 Prozent der Republikaner, es würde ihnen nicht gefallen, wenn ihr Kind jemanden heiratete, der oder die der anderen Partei anhing. Fünfzig Jahre später zeigte eine Umfrage Werte von 33 beziehungsweise 49 Prozent. Eine aktuelle Untersuchung der Politikwissenschaftlerin Lilliana Mason und ihres Koautors zeigt, dass in beiden Parteien ungefähr 60 Prozent der Mitglieder angeben, sie glaubten, die andere Partei sei „eine ernsthafte Bedrohung für die Vereinigten Staaten“. Dieses Ausmaß an Hass zwischen den Parteien hat es seit dem späten 19. Jahrhundert nicht mehr gegeben.

Eine gewisse Polarisierung ist normal, ja sogar gesund für eine Demokratie. Aber extreme Polarisierung kann sie zerstören. Wie der Politikwissenschaftler Milan W. Svobik jüngst gezeigt hat, steigt in stark polarisierten Gesellschaften die Bereitschaft, undemokratisches Verhalten auch von der eigenen Seite zu tolerieren. Wer einen Sieg der anderen Seite als Katastrophe oder als völlig inakzeptabel ansieht, neigt dazu, außergewöhnliche Mittel zu rechtfertigen, um das zu verhindern: Gewalt, Wahlbetrug, Putsch. Fast alle bedeutenden demokratischen Zusammenbrüche der Geschichte (von Spanien und Deutschland in den 1930er-Jahren über Chile 1973 bis hin zu Thailand, der Türkei und Venezuela Anfang der 2000er) fanden in Situationen extremer Polarisierung statt. Rivalisierende Parteien nahmen einander als eine so existenzielle Bedrohung wahr, dass sie lieber die Demokratie aushöhlten, als einen Sieg der anderen Seite zu akzeptieren.

Was Amerikanerinnen und Amerikaner heute erleben, ist nicht die traditionelle Polarisierung zwischen Liberalen und Konservativen. Menschen fürchten und hassen einander nicht mehr wegen Steuern oder Gesundheitspolitik. Die derzeitige Spaltung entlang der Parteigrenzen geht tiefer: Jetzt geht es um ethnische und kulturelle Identität.

Es ist ein zutiefst tragisches und auch paradoxes Erbe der Geschichte der Vereinigten Staaten, dass die Stabilität ihres politischen Systems vom 19. Jahrhun-

dert bis heute in Teilen auf dem Ausschluss ethnischer Gruppen beruht. Die demokratischen Normen Amerikas – gegenseitige Tolerierung, Kompromiss, Selbstbeschränkung im Gebrauch der Macht – wurden durch und für eine politische Gemeinschaft errichtet, die fast gänzlich weiß und christlich war. Diese Gemeinschaft schloss Millionen von Afroamerikanern im Süden aus.

Die amerikanische Gesellschaft hat sich im letzten halben Jahrhundert dramatisch verändert. Durch die Einwanderung vieler Menschen und durch Schritte hin zu ethnischer Gleichberechtigung wurde unser Land sowohl vielfältiger als auch demokratischer. Die Größe und der Status der ehemaligen weißen christlichen Mehrheit haben dadurch gelitten. In den 1950er-Jahren stellten weiße Christinnen und Christen weit über 90 Prozent der amerikanischen Wählerschaft. Noch 1992, als Bill Clinton zum Präsidenten gewählt wurde, lag ihre Quote bei 73 Prozent. Als Barack Obama 2012 wiedergewählt wurde, war ihr Anteil auf 57 Prozent gefallen, und Forschungen besagen, dass es 2024 unter 50 Prozent sein werden. Es ist nicht lange her, dass weiße christliche Männer an der Spitze aller sozialen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Hierarchien des Landes saßen. Sie stellten die Präsidenten, den Kongress, das Verfassungsgericht und die Gouverneure. Sie waren Chefs, Medienleute, führende Berühmtheiten und wissenschaftliche Autoritäten. Und sie waren das Gesicht beider großer Parteien.

Diese Zeit ist vorbei. Und den sozialen Status zu verlieren, kann eine zutiefst bedrohliche Erfahrung sein. Viele weiße christliche Männer haben das Gefühl, das Land, in dem sie aufwuchsen, werde ihnen genommen. Der demografische Wandel hat politische Sprengkraft. Denn die Linie zwischen den beiden großen Parteien verläuft genau entlang der ethnischen und kulturellen Grenzen. Das war anders, als die heute mittelalten und älteren Amerikaner jung waren. Noch in den späten 1970er-Jahren waren weiße Christen gleichmäßig auf Republikaner und Demokraten verteilt.

Drei wesentliche Veränderungen haben in den letzten fünf Jahrzehnten stattgefunden: Erstens hat die Bürgerrechtsbewegung dazu geführt, dass in den südlichen Bundesstaaten viele weiße Wählerinnen und Wähler von den Demokraten zu den Republikanern abgewandert sind, während Afroamerikaner – im Süden erst neu zum Wählen berechtigt – in großem Umfang Demokraten wurden. Zweitens erlebten die Vereinigten Staaten eine große Einwanderungswelle, und die meisten Zuwanderer landeten bei den Demokraten. Drittens liefen seit der Präsidentschaft von Ronald Reagan in den frühen 1980er-Jahren viele weiße evangelikale Christen den Republikanern zu.

Heute repräsentieren daher Amerikas beide großen Parteien sehr verschiedene Teile der amerikanischen Gesellschaft: Die Demokraten stehen für eine Regenbogen-Koalition von urbanen und gebildeten Weißen und People of Color (fast die Hälfte der Wähler der Demokraten sind nicht weiß). Die Republikaner dagegen bleiben überwiegend weiß und christlich und sind in den ländlichen Gegenden der USA angesiedelt. Die Amerikaner haben sich in zwei Parteien aufgeteilt, die ganz unterschiedliche Gemeinschaften und soziale Identitäten repräsentieren und damit auch Visionen davon, was Amerika ist und sein sollte, umfassen. Die Republikaner stellen zunehmend das weiße christliche Amerika dar, während die Demokraten alle anderen repräsentieren. Das ist die Spaltung, die Amerikas tiefer Polarisierung zugrunde liegt.

Was diese Polarisierung allerdings so gefährlich macht, ist ihre Asymmetrie. Während die Basis der demokratischen Partei vielfältiger – und breiter – wird, ist die republikanische Partei eine ehemals dominierende Mehrheit im Niedergang, sowohl was ihren Umfang als auch was ihre Bedeutung angeht. Viele Republikaner spüren diesen Niedergang und schauen mit Angst in die Zukunft. Slogans wie „Take our country back“ oder „Make America great again“ spiegeln diese Angst. Sie heizt eine beunruhigende Entwicklung an, die unsere Demokratie bedroht: Bei den Republikanern wächst die Abneigung dagegen, Wahlen zu verlieren.

Demokratie aber setzt voraus, dass Parteien auch verlieren können. Politikerinnen und Politiker müssen bereit sein, Niederlagen zu akzeptieren, nach Hause zu



Daniel Ziblat ist Direktor der Abteilung Transformationen der Demokratie am WZB sowie Eaton-Professor für Regierungswissenschaften an der Harvard Universität in den USA. (Foto: Martina Sander)

daniel.ziblat@wzb.eu



Steven Levitsky ist Professor für Regierungslehre am Weatherhead Center for International Affairs an der Harvard University, USA. Seine Forschungsinteressen umfassen politische Parteien, Autoritarismus und Demokratisierung sowie schwache und informelle Institutionen, mit einem Schwerpunkt auf Lateinamerika. [Foto: Stephanie Mitchell]

levitsky@wcfia.harvard.edu

gehen und am nächsten Tag neu anzufangen. Ohne diese Norm des großzügigen Verlierens ist Demokratie nicht stabil. Damit Parteien Verluste akzeptieren können, müssen zwei Bedingungen gegeben sein: Sie müssen die Sicherheit haben, dass ihre Niederlage nicht in den Ruin führt, und sie müssen daran glauben können, nächstes Mal gewinnen zu können. Wenn diese Bedingungen nicht gegeben sind, wird der Zeithorizont eng. Verantwortliche in den Parteien versuchen dann, heute um jeden Preis zu gewinnen. Verzweiflung bringt Politiker dazu, schmutzige Mittel anzuwenden.

Die Geschichte bietet zahlreiche Beispiele dafür, wie Parteien, aus Angst zu verlieren, die Demokratie unterwandern. Vor dem Ersten Weltkrieg fürchteten viele traditionelle Konservative in Europa die Ausweitung des Wahlrechts auf die Arbeiter (von Arbeiterinnen war in dem Zusammenhang noch gar nicht die Rede). In Deutschland zum Beispiel sahen die Konservativen das allgemeine und gleiche Wahlrecht als eine Bedrohung nicht nur für ihre eigenen Wahlchancen, sondern für den Fortbestand der aristokratischen Gesellschaftsordnung. So spielten sie vor dem Ersten Weltkrieg ein schmutziges Spiel: Sie manipulierten Wahlen mit repressiven Maßnahmen.

Ähnlich reagierten die Demokraten der Südstaaten im Amerika des 19. Jahrhunderts auf die Gleichberechtigung der Afro-Amerikaner nach dem Bürgerkrieg (der 15. Verfassungszusatz von 1870 verbot es, einer Person aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Hautfarbe oder ihres früheren Status als Sklave den Zugang zu Wahlen zu verweigern). Da die Afroamerikaner in den meisten ehemals konföderierten Staaten ganz oder fast in der Mehrheit waren, bedrohte ihre Teilnahme an Wahlen die Vorherrschaft der südlichen Demokraten – und stellte so letztlich die ethnische Ordnung als ganze in Frage. So spielten auch die Demokraten des Südens ein schmutziges Spiel: Zwischen 1885 und 1908 erließen alle elf Staaten der ehemaligen Konföderation Gesetze, die das Wahlrecht an Steuern, Lese- und Schreibtests, Besitz oder Wohnsitz knüpften. Diese Maßnahmen, begleitet von einer widerlichen Welle anti-Schwarzer Gewalt, erfüllten ihren Zweck: Die Wahlbeteiligung von Schwarzen im Süden fiel von 61 Prozent 1880 auf gerade mal noch 2 Prozent im Jahr 1912. Weil sie nicht verlieren wollten, entzogen die Demokraten fast der Hälfte der Bevölkerung das Wahlrecht. Es folgten annähernd hundert Jahre autoritärer Herrschaft im Süden der USA.

Die „Grand Old Party“ der Republikaner zeigt heute Anzeichen einer ähnlichen Panik. Ihre Wahlchancen werden schlechter. Sie bleibt eine ganz überwiegend weiße und christliche Partei in einer zunehmend vielfältigeren Gesellschaft. Mehr noch: Jüngere Wählerinnen und Wähler laufen ihr davon. 2018 wählten etwa 2 von 3 der 18- bis 29-Jährigen demokratisch, bei den über 30-Jährigen waren es fast 60 Prozent.

Demografie ist kein Schicksal. Aber die zunehmende Vielfalt des amerikanischen Wahlvolks hat es der republikanischen Partei schwerer gemacht, nationale Mehrheiten zu gewinnen. Tatsächlich hat sie in den letzten dreißig Jahren nur ein Mal die Mehrheit der Wählerstimmen bei einer Präsidentschaftswahl (die *popular vote*) für sich gewonnen. Keine Partei verliert gern, aber für Republikaner spitzt sich das Problem durch die Polarisierung noch zu. Denn die Basis glaubt immer mehr, dass eine Niederlage katastrophale Konsequenzen haben würde. Und so haben die Republikaner, wie damals in den Südstaaten die Demokraten, ein schmutziges Spiel begonnen. Die schlechten Wahlaussichten und das Gefühl einer existenziellen Bedrohung haben eine Mentalität begünstigt, die es darauf anlegt, um jeden Preis zu gewinnen. Diese Mentalität zeigte sich am deutlichsten in Versuchen der letzten Jahre, das Spielfeld Wahlen neu zu definieren. Seit 2010 hat ein Dutzend republikanisch geführter Staaten neue Gesetze angenommen, die es erschweren, sich registrieren zu lassen oder zu wählen. Regierungen auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene haben Wahllokale in überwiegend Schwarzen Wohngebieten geschlossen, sie haben Wahlverzeichnisse gesäubert, sie haben neue Hürden für die Anmeldung zur Wahl geschaffen. Die beunruhigendste Entwicklung ist, dass seit der Wahl vom November 2020 republikanisch geführte Staaten versuchen, die Regeln zu verändern, nach denen Wahlleute für das Electoral College bei der nächsten Präsidentschaftswahl im Jahr 2024 ausgesucht werden. Diese Initiativen sind weniger sichtbar als die

Gesetze, die die ethnische Diskriminierung im 19. Jahrhundert festschrieben. Die Logik dahinter ist aber sehr ähnlich: Parteien, die verängstigte, kleiner werdende Mehrheiten vertreten, neigen in ihrer Verzweiflung zur Anwendung schmutziger Mittel.

Amerikas Entwicklung hin zu ethnischer Gleichberechtigung und inklusiver Politik hat als Gegenreaktion zu einer Polarisierung geführt, die diese Entwicklung zum Scheitern bringen könnte. Dass die Verfassung der USA Wählern und Wählerinnen in ländlichen Gebieten mehr Gewicht gibt, hat diese Gegenreaktion noch verstärkt und die Herausforderungen erhöht. Extreme Polarisierung aber ist destruktiv. Es bleibt also die zentrale Aufgabe, die Institutionen der amerikanischen Demokratie so zu reformieren, dass sie diese gefährliche Phase überlebt. Wenn die politischen Institutionen Amerikas reformiert werden können, ist eine wirklich multiethnische Demokratie in Sicht.

Literatur

Abramowitz, Alan I.: *The Great Alignment: Race, Party Transformation, and the Rise of Donald Trump*. New Haven/London: Yale University Press 2018.

Highton, Benjamin: „Voter Identification Laws and Turnout in the United States“. *Annual Review of Political Science*, 2017, Jg. 20, S. 149–167. Online: <https://www.annualreviews.org/doi/full/10.1146/annurev-polisci-051215-022822> (Stand 04.05.2021).

Kalmoe, Nathan P./Mason, Lilliana: *Lethal Mass Partisanship: Prevalence, Correlates, & Electoral Contingencies*. Beitrag für das NCAPSA American Politics Meeting. Washington, DC. Januar 2019. Online: https://www.dannyhayes.org/uploads/6/9/8/5/69858539/kalmoe_mason_ncapsa_2019_-_lethal_partisanship_-_final_lmedit.pdf (Stand 04.05.2021).

Klein, Ezra/Chang, Alvin: „Political Identity Is Fair Game for Hatred: How Republicans and Democrats Discriminate“. *Vox*, 7. Dezember 2015. Online: <https://www.vox.com/2015/12/7/9790764/partisan-discrimination> (Stand 04.05.2021).

Kousser, Morgan: *The Shaping of Southern Politics: Suffrage Restriction and the Establishment of the One-Party South, 1880–1910*. New Haven/London: Yale University Press 1974.

Pew Research Center: „In Changing U.S. Electorate, Race and Education Remain Stark Dividing Lines“. Juni 2020. Online: https://www.people-press.org/wp-content/uploads/sites/4/2020/06/PP_2020.06.02_Party-ID_FINAL.pdf (Stand 04.05.2021).

Svolik, Milan W.: „Polarization versus Democracy“. In: *Journal of Democracy*, 2019, Jg. 30, H. 3, S. 20–32. Online: <https://www.journalofdemocracy.org/articles/polarization-versus-democracy/> (Stand 04.05.2021).

WZB-Mitteilungen online

Verlust der Bindekraft

Polarisierung könnte zur Signatur der Gesellschaften des 21. Jahrhunderts werden, sagt **Wolfgang Merkel**, emeritierter Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung. Vor 1989 waren die großen Volksparteien in der Lage, soziale Konflikte weitgehend zu überbrücken. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs schwanden ihre Bindekräfte; die Konflikte wurden kulturell akzentuiert und moralisch aufgeladen. Die Gesellschaften Europas und Nordamerikas ordnen sich zunehmend in zwei große Lager – Kosmopoliten und Kommunitaristen. Nicht zuletzt die Coronakrise machte die gewaltigen Polarisierungskräfte dieser Konstellation deutlich: Die jeweils andere Seite wird in ihren Argumenten nicht mehr gehört, sondern a priori als „Lügner“ und „unmoralisch“ abgetan. In den Augen Merkels allerdings braucht Demokratie Dissidenz. Nur die Offenheit dafür kann den Weg aus der Polarisierung weisen. Wolfgang Merkels Essay finden Sie hier: wzb.eu/magazin-polarisierung